

Botschaft der Bundesrepublik Deutschland
Embassy of the Federal Republic of Germany
Pol 330.00

Mr. Charles D. Powell
Private Secretary of the
Prime Minister
No. 10 Downing Street

L o n d o n

23, Belgrave Square / Chesham Place
London, SW1X 8PZ

Tel.: 01 - 235 5033
Hausanschluß: Extension:
Sprechstunden: Office hours:
Montag-Freitag Monday-Friday 9.00-12.00
Fernschreiber - Telex Nr. 28 191
Telegrammanschrift-Telegrams:
Diplogerma London

London, 30 November 1989
Ro/Et

Az.: Pol 330.00
(Bitte bei Antwort angeben)

Henry J. ...
CA 10/11

Dear Mr. Powell,

I have the honour to transmit the complete version of the Federal
Chancellor's Speech of 28 November 1989.

A courtesy translation is attached.

Yours sincerely,

Klaus-Peter Klaiber

(Dr. Klaus-Peter Klaiber)
Minister-Counsellor



28. November 1989

Nr. 575/89

Pressemitteilung

S e n d e s p e r r f r i s t : Beginn der Ausführungen
Es gilt das gesprochene Wort!

A u s f ü h r u n g e n

von

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl

zur Deutschlandpolitik

in der Haushaltsdebatte

des Deutschen Bundestages

am 28. November 1989

B i t t e S p e r r f r i s t b e a c h t e n !

Meine Damen und Herren! Seit Öffnung der innerdeutschen Grenze und der Sektorengrenze in Berlin am 9. November ist die Deutschlandpolitik in eine neue Phase eingetreten - mit neuen Chancen und neuen Herausforderungen.

Wir alle empfinden große Freude über die neugewonnene Reisefreiheit für die Menschen im geteilten Deutschland. Mit den Deutschen in der DDR sind wir glücklich, daß nach Jahrzehnten Mauer und Grenzsperren endlich friedlich überwunden werden konnten.

Und wir empfinden Stolz darüber, daß die Deutschen in der DDR mit ihrem kraftvollen und friedlichen Eintreten für Freiheit, Menschenrechte und Selbstbestimmung vor aller Welt ein Beispiel ihres Mutes und ihrer Freiheitsliebe gegeben haben - ein Beispiel, das überall in der Welt gewürdigt wird.

Wir alle sind tief beeindruckt vom lebendigen und ungebrochenen Freiheitswillen, der die Menschen in Leipzig und vielen anderen Städten bewegt. Sie wissen, was sie wollen. Sie wollen ihre Zukunft selbst bestimmen - im ursprünglichen Sinne des Wortes. Wir werden dabei jede Entscheidung, die die Menschen in der DDR in freier Selbstbestimmung treffen, selbstverständlich respektieren.

Wir im freien Teil Deutschlands stehen unseren Landsleuten solidarisch zur Seite.

Bundesminister Seiders hat Anfang letzter Woche mit dem Staatsratsvorsitzenden Krenz und Ministerpräsident Modrow über die Vorstellungen der neuen DDR-Führung gesprochen. Es ging uns darum zu erfahren, wie das angekündigte Reformprogramm vollzogen werden soll und in welchem Zeitrahmen die konkreten Schritte zu erwarten sind.

Es ist verabredet, das Gespräch Anfang Dezember fortzusetzen. Wenn sich - wie wir hoffen - in diesen Gesprächen erste Ergebnisse abzeichnen, möchte ich auch selbst noch vor Weihnachten mit den Verantwortlichen in der DDR zusammentreffen.

Bundesminister Seiders hat in Ost-Berlin auch mit Vertretern der Opposition und der Kirchen gesprochen. Ich selbst habe in der letzten Woche Vertreter der Opposition in Bonn empfangen. Wir halten es für geboten, bei allem, was wir jetzt tun und entscheiden, die Auffassungen, Meinungen und Empfehlungen

der Opposition in der DDR zu berücksichtigen. Auf diese Kontakte legen wir weiterhin großen Wert. Wir wollen sie auch in Zukunft intensiv pflegen.

Es eröffnen sich Chancen für die Überwindung der Teilung Europas und damit unseres Vaterlandes. Die Deutschen, die jetzt im Geist der Freiheit wieder zusammenfinden, werden niemals eine Bedrohung, dafür um so mehr ein Gewinn für das zusammenwachsende Europa sein.

Der Aufbruch, den wir heute erleben, ist zunächst das Verdienst der Menschen, die ihren Freiheitswillen so eindrucksvoll demonstrieren. Er ist aber auch das Ergebnis von vielen politischen Entwicklungen der vergangenen Jahre. Wir haben mit unserer Politik maßgeblich dazu beigetragen.

- Entscheidend dafür war zunächst, daß wir diese Politik auf dem festen Fundament unserer Einbindung in die Gemeinschaft freiheitlicher Demokratien betrieben haben. Geschlossenheit und Standfestigkeit des Bündnisses in der schweren Bewährungsprobe des Jahres 1983 haben sich ausgezahlt. Mit unserem klaren Kurs in der Atlantischen Allianz und in der Europäischen Gemeinschaft haben wir den Reformbewegungen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa den Rücken gestärkt.
- Mit dem Übergang zu neuen Stufen der wirtschaftlichen und politischen Integration in der Europäischen Gemeinschaft haben wir erfolgreich das Modell des freien Zusammenschlusses europäischer Völker fortentwickelt - eines Zusammenschlusses, der weit über die Gemeinschaft hinaus Anziehungskraft ausübt.
- Auf der anderen Seite waren eine entscheidende Voraussetzung die Reformpolitik von Generalsekretär Gorbatschow im Innern der Sowjetunion und das neue Denken in der sowjetischen Außenpolitik. Ohne die Anerkennung des Rechts der Völker und Staaten auf den eigenen Weg wären die Reformbewegungen in anderen Staaten des Warschauer Paktes nicht erfolgreich gewesen.
- Zu der dramatischen Entwicklung in der DDR wäre es nicht gekommen, wenn nicht Polen und Ungarn mit tiefgreifenden Reformen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft vorangegangen wären. Ich begrüße es, daß sich jetzt auch in Bulgarien und in der CSSR ein Wandel abzeichnet. Ich freue mich ganz besonders, daß der diesjährige Friedenspreisträger des

Deutschen Buchhandels, Václav Havel, jetzt endlich die Früchte seines langjährigen Wirkens und Leidens für die Freiheit ernten kann. Seine großartige Dankesrede in der Frankfurter Paulskirche, die er nicht selbst vortragen durfte, war eine beeindruckende Abrechnung mit dem sozialistisch-kommunistischen System.

- Eine bedeutende Rolle hat nicht zuletzt der KSZE-Prozeß gespielt, in dem wir gemeinsam mit unseren Partnern stets auf einen Abbau von Spannungsursachen, auf Dialog und Zusammenarbeit und ganz besonders auch auf die Achtung der Menschenrechte gedrängt haben.
- Ein neues Vertrauen in den West-Ost-Beziehungen konnte wachsen dank der kontinuierlichen Gipfeldiplomatie der Großmächte und den zahlreichen intensiven Begegnungen der Staats- und Regierungschefs zwischen West und Ost. Der historische Durchbruch bei der Abrüstung und Rüstungskontrolle ist sichtbarer Ausdruck dieses Vertrauens.
- Die breit angelegte Vertragspolitik der Bundesregierung gegenüber der Sowjetunion und allen anderen Warschauer-Pakt-Staaten hat zur Entwicklung des West-Ost-Verhältnisses wesentliche Beiträge geleistet und ihr wichtige Impulse gegeben.
- Zu den Ursachen der jüngsten Veränderungen gehört auch die konsequente Politik für den Zusammenhalt unserer Nation. Seit 1987 haben uns jährlich viele Millionen Landsleute aus der DDR besucht, darunter zahlreiche junge Menschen. Unsere "Politik der kleinen Schritte" hat in schwierigen Zeiten das Bewußtsein für die Einheit der Nation wachgehalten und geschärft und das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen vertieft.

Das kommt in diesen Tagen ganz besonders stark zum Ausdruck.

Diese Entwicklungen widerlegen alle düsteren Prognosen jener, die seit Beginn meiner Regierungszeit eine "neue Eiszeit" in den West-Ost-Beziehungen vorausgesagt und uns - auch mich persönlich - der Friedensunfähigkeit bezichtigt haben. Genau das Gegenteil ist eingetreten: Heute haben wir mehr Verständigung und Gemeinsamkeit in Deutschland und Europa als jemals zuvor seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges.

Heute stehen wir - für jedermann erkennbar - am Beginn eines neuen Abschnitts der europäischen und der deutschen Geschichte - eines Abschnitts, der über den status quo, über die bisherigen politischen Strukturen in Europa hinausweist.

Der Wandel ist zuallererst ein Werk der Menschen, die auf der Gewährung von Freiheit bestehen, auf der Achtung ihrer Menschenrechte und auf dem Recht, über ihre Zukunft selbst zu bestimmen.

Alle, die in und für Europa Verantwortung tragen, müssen diesem Willen der Menschen und Völker Rechnung tragen. Wir alle sind jetzt aufgerufen, eine neue Architektur für das europäische Haus, für eine dauerhafte und gerechte Friedensordnung auf unserem Kontinent zu gestalten - wie es auch Generalsekretär Gorbatschow und ich in unserer Gemeinsamen Erklärung vom 13. Juni dieses Jahres bekräftigt haben.

Dabei müssen die legitimen Interessen aller Beteiligten gewahrt werden. Das gilt selbstverständlich auch für die deutschen Interessen.

Wir nähern uns damit dem Ziel, das sich das Atlantische Bündnis bereits im Dezember 1967 gesetzt hatte - ich zitiere -: " Eine endgültige und stabile Regelung in Europa ist ... nicht möglich ohne eine Lösung der Deutschlandfrage, die den Kern der gegenwärtigen Spannungen in Europa bildet. Jederartige Regelung muß die unnatürlichen Schranken zwischen Ost- und Westeuropa beseitigen, die sich in der Teilung Deutschlands am deutlichsten und grausamsten offenbaren."

Den Weg zur Einheit können wir nicht vom "grünen Tisch" aus oder mit dem Terminkalender in der Hand planen. Abstrakte Modelle helfen nicht weiter. Aber wir können schon heute jene Etappen vorbereiten, die zu diesem Ziel hinführen. Ich möchte sie anhand eines Zehn-Punkte-Programms erläutern:

- * Erstens: Zunächst sind Sofortmaßnahmen erforderlich, die sich aus den Ereignissen der letzten Wochen ergeben, insbesondere durch die Fluchtbewegung und die neue Dimension des Reiseverkehrs.

Die Bundesregierung ist zu sofortiger konkreter Hilfe dort bereit, wo diese Hilfe jetzt benötigt wird. Wir werden im humanitären Bereich und bei der medizinischen Versorgung helfen, soweit dies gewünscht wird.

Wir wissen auch, daß das Begrüßungsgeld, das wir jedem Besucher aus der DDR einmal jährlich zahlen, keine Lösung für die Finanzierung von Reisen sein kann. Letztlich muß die DDR selbst ihre Reisenden mit den nötigen Devisen ausstatten. Wir sind aber bereit, für eine Übergangszeit einen Beitrag zu einem Devisenfonds zu leisten. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß der Mindestumtausch bei Reisen in die DDR entfällt, Einreisen in die DDR erheblich erleichtert werden und die DDR einen eigenen substantiellen Beitrag zu dem Fonds leistet.

Unser Ziel ist ein möglichst ungehinderter Reiseverkehr in beide Richtungen.

- * Zweitens: Die Bundesregierung wird wie bisher die Zusammenarbeit mit der DDR in allen Bereichen fortsetzen, die den Menschen auf beiden Seiten unmittelbar zugute kommt. Das gilt insbesondere für die wirtschaftliche, wissenschaftlich-technologische und kulturelle Zusammenarbeit. Besonders wichtig ist eine Intensivierung der Zusammenarbeit im Bereich des Umweltschutzes. Hier kann schon in Kürze über neue Projekte entschieden werden.

Außerdem wollen wir daran mitwirken, daß das Telefonnetz der DDR rasch ausgebaut werden kann.

Über den Ausbau der Eisenbahnstrecke Hannover-Berlin wird weiter verhandelt. Darüber hinaus sind Gespräche nötig über grundsätzliche Fragen der Linienführung in einem Europa offener Grenzen und der Anbindung des DDR-Verkehrsnetzes - vor allem im Blick auf die modernen Hochgeschwindigkeitszüge.

- * Drittens: Ich habe angeboten, unsere Hilfe und unsere Zusammenarbeit umfassend auszuweiten, wenn ein grundlegender Wandel des politischen und wirtschaftlichen Systems in der DDR verbindlich beschlossen und unumkehrbar in Gang gesetzt wird. "Unumkehrbar" heißt für uns, daß sich die DDR-Staatsführung mit den Oppositionsgruppen auf eine Verfassungsänderung und auf ein neues Wahlgesetz verständigt.

Wir unterstützen die Forderung nach freien, gleichen und geheimen Wahlen in der DDR unter Beteiligung unabhängiger, auch nichtsozialistischer Parteien. Das Machtmonopol der SED muß aufgehoben werden. Die geforderte

Einführung rechtsstaatlicher Verhältnisse bedeutet vor allem auch die Abschaffung des politischen Strafrechts.

Wirtschaftliche Hilfe kann nur wirksam werden, wenn grundlegende Reformen des Wirtschaftssystems erfolgen. Dies zeigen die Erfahrungen mit allen RWG-Staaten. Die bürokratische Planwirtschaft muß abgebaut werden.

Wir wollen nicht unhaltbar gewordene Zustände stabilisieren. Wirtschaftlichen Aufschwung kann es nur geben, wenn sich die DDR für westliche Investitionen öffnet, marktwirtschaftliche Bedingungen schafft und privatwirtschaftliche Betätigungen ermöglicht. In Ungarn und Polen gibt es bereits Beispiele dafür, an denen sich die DDR orientieren kann. Joint ventures wären unter dieser Voraussetzung sehr bald möglich. Es besteht schon jetzt große Bereitschaft dazu bei zahlreichen Unternehmen im In- und Ausland.

Dies sind alles keine Vorbedingungen, sondern sachliche Voraussetzungen, damit unsere Hilfe überhaupt greifen kann. Im übrigen kann kein Zweifel bestehen, daß die Menschen in der DDR eine Wirtschaftsordnung wollen, die ihnen auch wirtschaftliche Freiheit und damit Wohlstand gibt.

- * Viertens: Ministerpräsident Modrow hat in seiner Regierungserklärung von einer Vertragsgemeinschaft gesprochen. Wir sind bereit, diesen Gedanken aufzugreifen. Denn die Nähe und der besondere Charakter der Beziehungen zwischen den beiden Staaten in Deutschland erfordern ein immer dichteres Netz von Vereinbarungen in allen Bereichen und auf allen Ebenen.

Diese Zusammenarbeit wird zunehmend auch gemeinsame Institutionen erfordern. Bereits bestehende gemeinsame Kommissionen können neue Aufgaben erhalten, weitere Kommissionen können gebildet werden. Ich denke dabei insbesondere an die Bereiche Wirtschaft, Verkehr, Umweltschutz, Wissenschaft und Technik, Gesundheit und Kultur. Es ist selbstverständlich, daß Berlin in diese Zusammenarbeit voll einbezogen wird.

Ich rufe alle gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen auf, an der Ausgestaltung einer solchen Vertragsgemeinschaft mitzuwirken.

- * Fünftens: Wir sind aber auch bereit, noch einen entscheidenden Schritt weiterzugehen, nämlich konföderative Strukturen zwischen beiden Staaten in Deutschland zu entwickeln mit dem Ziel, danach eine Föderation, das heißt eine bundesstaatliche Ordnung in Deutschland zu schaffen. Das setzt zwingend eine demokratisch legitimierte Regierung in der DDR voraus.

Dabei könnten wir uns bald nach freien Wahlen folgende Institutionen vorstellen:

- einen gemeinsamen Regierungsausschuß zur ständigen Konsultation und politischen Abstimmung,
- gemeinsame Fachausschüsse,
- ein gemeinsames parlamentarisches Gremium.

Die bisherige Politik gegenüber der DDR mußte sich im wesentlichen auf kleine Schritte beschränken, die die Folgen der Teilung für die Menschen mildern und das Bewußtsein für die Einheit der Nation wachhalten und schärfen sollten. Wenn uns künftig eine demokratisch legitimierte, das heißt freigewählte Regierung als Partner gegenübersteht, dann eröffnen sich völlig neue Perspektiven.

Stufenweise können neue Formen institutioneller Zusammenarbeit entstehen und ausgeweitet werden. Ein solches Zusammenwachsen liegt in der Kontinuität der deutschen Geschichte. Staatliche Organisation in Deutschland hieß immer Konföderation und Föderation. Wir können uns auch jetzt wieder diese historischen Erfahrungen zunutze machen.

Wie ein wiedervereinigtes Deutschland schließlich aussehen wird, weiß heute niemand. Daß aber die Einheit kommen wird, wenn die Menschen in Deutschland sie wollen - dessen bin ich sicher.

- * Sechstens: Die Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen bleibt eingebettet in den gesamteuropäischen Prozeß und in die West-Ost-Beziehungen. Die künftige Architektur Deutschlands muß sich einfügen in die künftige Architektur Gesamteuropas. Hierfür hat der Westen mit seinem Konzept der

dauerhaften und gerechten europäischen Friedensordnung Schrittmacherdienste geleistet.

Generalsekretär Gorbatschow und ich sprechen in unserer Gemeinsamen Erklärung vom Juni dieses Jahres von den Bauelementen eines "gemeinsamen europäischen Hauses". Ich nenne beispielhaft:

- Die uneingeschränkte Achtung der Integrität und der Sicherheit jedes Staates. Jeder Staat hat das Recht, das eigene politische und soziale System frei zu wählen.
- Die uneingeschränkte Achtung der Grundsätze und Normen des Völkerrechts, insbesondere Achtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker.
- Die Verwirklichung der Menschenrechte.
- Die Achtung und Pflege der geschichtlich gewachsenen Kulturen der Völker Europas.

Mit alledem wollen wir - so haben es Generalsekretär Gorbatschow und ich festgeschrieben - an die geschichtlich gewachsenen europäischen Traditionen anknüpfen und zur Überwindung der Trennung Europas beitragen.

- * Siebtens: Die Anziehungs- und Ausstrahlungskraft der Europäischen Gemeinschaft ist und bleibt eine Konstante der gesamteuropäischen Entwicklung. Wir wollen sie weiter stärken.

Die Europäische Gemeinschaft ist jetzt gefordert, mit Offenheit und Flexibilität auf die reformorientierten Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas zuzugehen. Dies haben die Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten bei ihrem kürzlichen Treffen in Paris einmütig festgestellt.

Hierbei ist die DDR selbstverständlich eingeschlossen:

- Die Bundesregierung befürwortet deshalb den baldigen Abschluß eines Handels- und Kooperationsabkommens mit der DDR, das den Zugang der

DDR zum Gemeinsamen Markt - auch in der Perspektive 1992 - erweitert und absichert.

- Wir können uns für die Zukunft bestimmte Formen der Assoziation vorstellen, die die Volkswirtschaften der reformorientierten Staaten Mittel- und Südosteuropas an die EG heranzuführen und damit das wirtschaftliche und soziale Gefälle auf unserem Kontinent abbauen helfen.

Den Prozeß der Wiedergewinnung der deutschen Einheit verstehen wir als europäisches Anliegen. Er muß deshalb auch im Zusammenhang mit der europäischen Integration gesehen werden. In diesem Sinne muß sich die Europäische Gemeinschaft für eine demokratische DDR und für andere demokratische Staaten Mittel- und Südosteuropas offenhalten. Die EG darf nicht an der Elbe enden, sondern muß die Offenheit auch nach Osten wahren.

Nur in diesem Sinne kann die EG Grundlage einer wirklich umfassenden europäischen Einigung werden. Nur in diesem Sinne wahr, behauptet und entwickelt sie die Identität aller Europäer. Diese Identität ist nicht nur in der kulturellen Vielfalt Europas, sondern auch und vor allem in den Grundwerten von Freiheit, Demokratie, Menschenrechten und Selbstbestimmung begründet.

Soweit die Staaten Mittel- und Südosteuropas die erforderlichen Voraussetzungen erfüllen, würden wir es auch begrüßen, wenn sie dem Europarat - und insbesondere auch der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten - beitreten.

* Achtens: Der KSZE-Prozeß ist und bleibt Herzstück dieser gesamteuropäischen Architektur und muß energisch vorangetrieben werden. Dazu müssen die bevorstehenden KSZE-Foren genutzt werden:

- Die Menschenrechtskonferenzen in Kopenhagen 1990 und Moskau 1991.
- Die Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Bonn 1990.
- Das Symposium über das kulturelle Erbe in Krakau 1991 und
- nicht zuletzt das nächste Folgetreffen in Helsinki.

Dort sollten wir auch über neue institutionelle Formen der gesamteuropäischen Zusammenarbeit nachdenken. Wir können uns eine gemeinsame

Institution zur Koordinierung der West-Ost-Wirtschaftszusammenarbeit sowie die Einrichtung eines gesamteuropäischen Umweltrates vorstellen.

- * Neuntens: Die Überwindung der Trennung Europas und der Teilung Deutschlands erfordert weitreichende und zügige Schritte in der Abrüstung und Rüstungskontrolle. Abrüstung und Rüstungskontrolle müssen mit der politischen Entwicklung Schritt halten und deshalb möglicherweise beschleunigt werden.

Dies gilt im besonderen für die Wiener Verhandlungen über den Abbau konventioneller Streitkräfte in Europa und für die Vereinbarung vertrauensbildender Maßnahmen sowie für das weltweite Verbot chemischer Waffen. Dies erfordert auch, daß die Nuklearpotentiale der Großmächte auf das strategisch erforderliche Minimum reduziert werden. Das bevorstehende Treffen zwischen Präsident Bush und Generalsekretär Gorbatschow bietet eine gute Gelegenheit, den laufenden Verhandlungen neue Schubkraft zu geben.

Wir bemühen uns - auch in zweiseitigen Gesprächen mit den Staaten des Warschauer Paktes einschließlich der DDR -, diesen Prozeß zu unterstützen.

- * Zehntens: Mit dieser umfassenden Politik wirken wir auf einen Zustand des Friedens in Europa hin, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangen kann. Die Wiedervereinigung, das heißt die Wiedergewinnung der staatlichen Einheit Deutschlands, bleibt das politische Ziel der Bundesregierung. Wir sind dankbar, daß wir in der Erklärung des Brüsseler NATO-Gipfels vom Mai dieses Jahres dafür erneut die Unterstützung unserer Verbündeten gefunden haben.

Wir sind uns bewußt, daß sich auf dem Weg zur deutschen Einheit besonders schwierige Fragen stellen, auf die wir heute noch nicht abschließend antworten können. Dazu gehört vor allem die Frage übergreifender Sicherheitsstrukturen in Europa.

Die Verknüpfung der deutschen Frage mit der gesamteuropäischen Entwicklung und den West-Ost-Beziehungen - wie ich sie in zehn Punkten eben erläutert habe - ermöglicht eine organische Entwicklung, die den Interessen aller

Beteiligten Rechnung trägt und ein friedliches Zusammenleben in Europa garantiert.

Nur miteinander und in einem Klima des wechselseitigen Vertrauens können wir die Teilung Europas und Deutschlands friedlich überwinden. Wir brauchen auf allen Seiten Besonnenheit, Vernunft und Augenmaß, damit die jetzt begonnene Entwicklung stetig und friedlich verläuft.

Was diesen Prozeß stören könnte, sind nicht Reformen, sondern deren Verweigerung. Nicht Freiheit schafft Instabilität, sondern deren Unterdrückung. Jeder gelungene Reformschritt bedeutet für ganz Europa ein Mehr an Stabilität und einen Zugewinn an Freiheit und Sicherheit.